

MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Schwerpunkt: Gefährdungen der Demokratie

Jan-Werner Müller, Demokratie für Verlierer

Frank-Walter Steinmeier, Belastung und Bewährung

Herfried Münkler, Demokratismus, Cäsarismus

Florian Meinel, Parlament und Regierung

Christoph Türcke, Notstand und Verschwörung

Jackson Lears, Die Orthodoxie der Eliten

Paola Lopez, Diskriminierung und Künstliche Intelligenz

Benedikt Wintgens, Medien-Intellektuelle im Wiederaufbau

Oliver Weber, Die Moral der Krise

Hans Dieter Schäfer, Betreff: Notaufnahme

Hanna Engelmeier, Hier müssen Menschen sein



75. Jahrgang, April 2021

Klett-Cotta

863

MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Der Merkur ist eine Kulturzeitschrift, wobei der Begriff der Kultur in denkbar weitem Sinne zu verstehen ist. Er erscheint monatlich und wendet sich an ein anspruchsvolles und neugieriges Publikum, das an der bloßen Bestätigung der eigenen Ansichten nicht interessiert ist. Mit kenntnisreichen und pointierten Essays, Kommentaren und Rezensionen hält der Merkur gleichermaßen Distanz zum Feuilleton wie zu Fachzeitschriften. Die Unterzeile »Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken« formulierte bei der Gründung im Jahr 1947 das Bekenntnis zu einer weltanschaulich unabhängigen Form von Publizistik, die über kulturelle und nationale Grenzen hinweg alle intellektuell relevanten Debatten ihrer Zeit aufnehmen wollte. Auch wenn der Horizont für ein solches Unternehmen sich mittlerweile deutlich erweitert hat, trifft das noch immer den Kern des Selbstverständnisses der Zeitschrift.

Heft 863, April 2021, 75. Jahrgang

Herausgegeben von Christian Demand und Ekkehard Knörer

Gegründet 1947 von Hans Paeschke und Joachim Moras

Herausgeber 1979–1983 Hans Schwab-Felisch

1984–2011 Karl Heinz Bohrer

1991–2011 Kurt Scheel

Lektorat / Büro: Ina Andrae

Redaktionsanschrift: Mommsenstr. 27, 10629 Berlin

Telefon: (030) 32 70 94 14 Fax: (030) 32 70 94 15

Website: www.merkur-zeitschrift.de

E-Mail: redaktion@merkur-zeitschrift.de

Der Merkur wird unterstützt von der Ernst H. Klett Stiftung Merkur.

Partner von Eurozine, www.eurozine.com

Verlag und Copyright: © J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH,
Postfach 106 016, 70049 Stuttgart, Tel. (0711) 66 72-0, www.klett-

cotta.de · Geschäftsführer: Dr. Andreas Falkinger, Philipp Haußmann,
Tom Kraushaar. ·
Leiter Zeitschriften: Thomas Kleffner, th.kleffner@klett-cotta.de · Media-Daten:
www.merkur-zeitschrift.de/

[media](#) · Manuskripte: Für unverlangt und ohne Rückporto eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. · Redaktionsschluss
dieser Ausgabe: 3. März 2021 · Gestaltung: Erik Stein · Satz und E-Book-
Umsetzung: Dörlemann-Satz GmbH & Co. KG, Lemförde

Bezugsbedingungen: Der Merkur erscheint monatlich. Preis 14 €; im
Abonnement jährlich 140 € / 162 sFr; für Studenten gegen Vorlage einer
Bescheinigung 96 € / 114 sFr; alle Preise jeweils zzgl. Versandkosten. · Die
elektronische Version dieser Zeitschrift mit der Möglichkeit zum Download von
Artikeln und Heften finden Sie unter www.volltext.merkur-zeitschrift.de. Der
Preis für das elektronische Abonnement (E-Only) beträgt 140 € / 162 sFr; für
Studenten und Postdocs gegen Vorlage einer Bescheinigung 48 €; für
Privatkunden, die gleichzeitig die gedruckte Version im Abonnement beziehen,
20 € / 28 sFr. Im jeweiligen Preis der elektronischen Abonnements ist der
Zugriff auf sämtliche älteren digitalisierten Jahrgänge enthalten. Preise für
Bibliotheken und Institutionen auf Anfrage. Alle genannten Preise enthalten die
zum Zeitpunkt des Kaufs gültige Mehrwertsteuer. In Drittländern jenseits der
Schweiz (und außerhalb der EU) gelten die angegebenen Preise netto. · Die
Kündigung des Abonnements muss spätestens vier Wochen vor Ende des
Bezugszeitraums in schriftlicher Form erfolgen. Ansonsten verlängert es sich
automatisch um ein Jahr. Die Mindestbezugsdauer beträgt ein Jahr.

Abonnementverwaltung (falls vorhanden, bitte Ihre Kundennummer angeben):
Leserservice Verlag Klett-Cotta, Postfach 13 63, 82034 Deisenhofen, Telefon
(0 89) 8 58 53-868, Fax (0 89) 8 58 53-6 28 68.

E-Mail: klett-cotta@cover-services.de

ISSN Print 0026-0096 / ISSN Online 2510-4179 www.merkur-zeitschrift.de

ISBN 978-3-608-11187-3

Inhalt

Autorinnen und Autoren

Zu diesem Heft

BEITRÄGE

Jan-Werner Müller

Demokratie für Verlierer

Frank-Walter Steinmeier

Belastungen und Bewährungen von Freiheit und Demokratie

Herfried Münkler

Populismus, Demokratismus, Cäsarismus.

Die Herausforderung der liberalen Demokratie

Paola Lopez

Artificial Intelligence und die normative Kraft des Faktischen

KRITIK

Florian Meinel

Rechtskolumne.

Parlament und Regierung im notstandsverwalteten Deutschland

Jackson Lears

Orthodoxie der Eliten

Benedikt Wintgens

Sinnstifter im Wiederaufbau.

Über Axel Schildts »Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik«

MARGINALIEN

Christoph Türcke

Notstand und Verschwörung.

Zum Ausverkauf des Querdenkens

Oliver Weber

Die Moral der Krise

Hans Dieter Schäfer

Betreff: Notaufnahme

Hanna Engelmeier

Hier müssen Menschen sein

Vorschau

Jan-Werner Müller, geb. 1970, lehrt Politische Theorie in Princeton, derzeit Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. 2019 erschien *Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus*.

Frank-Walter Steinmeier, geb. 1956, Bundespräsident.

Herfried Münkler, geb. 1951, Professor emeritus für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2017 erschien *Der Dreißigjährige Krieg*; 2019 (zus. m. Marina Münkler) *Abschied vom Abstieg, Eine Agenda für Deutschland*.

Paola Lopez, geb. 1988, Mathematikerin und Doktorandin am Institut für Rechtsphilosophie der Universität Wien. paola.lopez@univie.ac.at

Florian Meinel, geb. 1981, Professor am Institut für Grundlagen des Rechts an der Universität Göttingen. 2019 erschien *Selbstorganisation des parlamentarischen Regierungssystems. Vergleichende Studien zu einem Verfassungsproblem der Bundesrepublik Deutschland*.

florian.meinel@jura.uni-goettingen.de

Jackson Lears, geb. 1947, Professor für Geschichte an der Rutgers University in Brunswick, New Jersey, und Chefredakteur der Zeitschrift *Raritan*. – Der Beitrag erschien unter dem Titel *The Orthodoxy of the Elites* am 14. Januar 2021 in der *New York Review of Books*.

Benedikt Wintgens, geb. 1978, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der KGParl. 2019 erschien *Treibhaus Bonn. Die politische Kulturgeschichte eines Romans*. wintgens@kgparl.de

Christoph Türcke, geb. 1948, war bis 2014 Professor für Philosophie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig. 2019 erschien *Digitale Gefolgschaft. Auf dem Weg in eine neue Stammesgesellschaft*, 2021 *Natur und Gender. Kritik eines Machbarkeitswahns*.

Oliver Weber, geb. 1997, Student der Demokratiewissenschaft an der Universität Regensburg. 2019 erschien *Talkshows hassen*.

oliverbweber.wordpress.com

Hans Dieter Schäfer, geb. 1939, Wissenschaftler und Schriftsteller. 2020 erschien das Erinnerungsbuch *Von Abschied zu Abschied* mit Fotos von Barbara Klemm, im Frühsommer 2021 erscheint der Gedichtband *Tauchen und Auftauchen*. hans_dieter.schaefer@t-online.de

Hanna Engelmeier, geb. 1983, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen. 2016 erschien *Der Mensch, der Affe. Anthropologie und Darwin-Rezeption in Deutschland 1850–1900*. hanna.engelmeier@kwi-nrw.de

Zu diesem Heft

In diesem Heft fügen sich sechs Texte, über alle Rubriken verteilt, zu einem umfangreichen Schwerpunkt, den wir unter die Überschrift »Gefährdungen der Demokratie« gestellt haben. Das sieht nach einer konzertierten Aktion aus, ist in Wahrheit aber Herausgeberglück. Alle Essays des Schwerpunkts haben uns unabhängig voneinander erreicht. Es ist eine glückliche Fügung, aber natürlich kein Zufall. Über die gegenwärtigen Zustände der Demokratie, über die Bedrohung durch (neu)rechte Populisten und den Belastungstest durch die Pandemie nachzudenken, dazu gibt es reichlich Anlass.

Die Pandemie mit ihren immer wieder von neuem drängenden Entscheidungssituationen stellt Demokratien vor die Frage nach dem Verhältnis von Exekutive und Legislative. Es handelt sich um einen Notstand, aber von einer Art, auf die das Grundgesetz, so Christoph Türcke, nicht wirklich gefasst war. Das Recht gilt es zwar, wie Florian Meinel in seiner Kolumne darlegt, genau zu beachten, aber das Entscheiden bleibt am Ende Sache der Politik. Sie darf sich, so wiederum Herfried Münklers Mahnung, darum nicht in der »demokratistischen« Deliberation verlieren, ohne doch den Versuchungen eines »Cäsarismus« nachzugeben. Frank-Walter Steinmeier zieht den Rahmen weiter und betont, dass sich die demokratischen Verfahren bei allem Streit und Dissens in der Systemkonkurrenz mit einer Diktatur wie der Chinas zu bewähren haben (und bislang auch bewähren).

Er weist auch darauf hin, dass die regelmäßig zu einfachen Lösungen der Populisten in der pandemischen Notsituation bislang wenig verfangen. Wie sehr die Grundüberzeugung der Populisten, sie seien die wahren Vertreter des »Volks«, die Demokratie in ihren Fundamenten bedrohen,

analysiert Jan-Werner Müller: Populisten erweisen sich verlässlich als schlechte Verlierer und als wenig bereit, Wahlergebnisse anzuerkennen. Wieder einmal ist Donald Trump das schlagende Beispiel.

Bereits zum zweiten Mal haben wir den *Merkur*-Preis für herausragende Dissertationen verliehen. Der Preisträger Benedikt Wintgens schließt mit seinem Rezensionssessay in diesem Heft durchaus an seine Arbeit über das *Treibhaus Bonn* an. Er stellt Axel Schildts durch den Tod des Verfassers leider unvollendet gebliebenes Opus magnum *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik* vor.

CD /EK

Beiträge

Jan-Werner Müller

Demokratie für Verlierer

Donald Trump hat uns keine Wahl gelassen: Man muss die oft unterschätzte Rolle des fairen Verlierers in der Demokratie besser verstehen, begründen und verteidigen. Schon bei dem Rennen um die Präsidentschaft 2016 hatte der Reality-TV-Star angekündigt, einen Sieg seiner Gegnerin möglicherweise nicht anzuerkennen; 2020 machte er dann Ernst mit seinem Vorhaben, die Wahl zu stehlen, indem er seinen Konkurrenten beschuldigte, die Wahl gestohlen zu haben. Bis heute hat Trump seine Niederlage nicht eingestanden, und wird dies wohl auch nie tun. Dass Rechtspopulisten wie Trump, die sich als einzig legitime Vertreter des vermeintlich wahren Volkes inszenieren, die Ansicht vertreten, eigentlich gar nicht verlieren zu können, hat seine eigene Logik. Doch wie so oft, wenn Populisten die liberale Demokratie herausfordern, merken wir, dass wir viel zu viel für selbstverständlich erachtet haben. Uns fehlt eine Theorie des guten Verlierens.

Wahlen sind ein Verfahren zur Erzeugung kollektiv bindender Entscheidungen für ein Gemeinwesen. Natürlich gibt es andere Möglichkeiten, solche Entscheidungen herbeizuführen: »Allein der Diktator entscheidet« ist gleichfalls eine Regel. Und wenn es nur darum geht, faktisch zu klären, wer die Macht hat und wer nicht, könnte man auch auf das Ergebnis eines Bürgerkriegs warten. Im Unterschied dazu verspricht die Demokratie, Entscheidungen auf friedliche Weise und auf der Grundlage herbeizuführen, dass jeder Bürger dieselbe Chance hat,

daran teilzuhaben. Eine knallhart realistische Sichtweise auf Politik erinnert daran, dass Wahlen eigentlich immer im Schatten des Bürgerkriegs stattfinden. Der Politikwissenschaftler Adam Przeworski, Verfechter einer klapperdürren Minimaldefinition von Demokratie, behauptet, Wahlen erlaubten es potentiellen Konfliktparteien, ihre Muskeln spielen zu lassen, ohne dass sie zuschlagen müssten. Wer weniger numerische Stärke habe, finde sich mit Opposition ab. Insofern seien auch noch die mit härtesten verbalen Bandagen geführten Wahlkampfschlachten eigentlich eine friedenssichernde Maßnahme.

Warum Populisten nie verlieren können

Naturgemäß können nicht alle als Sieger aus einer Wahl hervorgehen. Und selbst die Gewinner fühlen sich möglicherweise nicht recht wohl mit einem Sieg. Sie erhielten vielleicht Tweets, in denen Sätze wie Folgende standen: »Die Verlierer wollen all das, was du hast. Gib es ihnen nicht! Sei stark, und du wirst gedeihen; sei schwach, und du stirbst.« Aber auch ohne Trump'sches Hintergrundrauschen, das sogar noch den Gewinnern Angst einjagen soll, kann man sich über die scheinbare politische Schizophrenie, die Verlierern abgefordert wird, wundern. Sie stimmen nicht mit den Ideen des Wahlsiegers überein, sind aber gleichzeitig der Ansicht, dass diese Ideen ihren Ausdruck in für alle verbindlichen Gesetzen finden sollen. Von Besiegten wird erwartet, »eine von ihnen nicht gebilligte Politik mit guter Miene zu ertragen«, so ein Politikbeobachter, der sich viel auf Realismus zugutehielt: Walter Lippmann, der einflussreichste amerikanische Journalist des 20. Jahrhunderts. Nur: Warum immer gute Miene zu einem Spiel machen, das man vielleicht mit guten Gründen für ein böses halten könnte?

Es ist nicht immer ausreichend verstanden worden, dass das mit dem Verlieren in einer Demokratie eine komplizierte Sache sein kann. Dabei geht es nicht um Manieren beim formvollendeten Eingeständnis der Niederlage, wie der Südstaaten-Gentleman Al Gore sie an den Tag legte, als er George W. Bushs Sieg im Dezember 2000 nicht nur mit einem etwas

künstlichen Lächeln anerkannte, sondern auch hinzufügte: »Für mich ist es an der Zeit zu gehen.«

Wichtig ist stattdessen, zu erkennen, dass manche Formen des Verlierens die Demokratie aktiv unterminieren, während andere sie stärken. Am auffälligsten ist heute die Tatsache, dass Populisten oft, wenn auch nicht immer, eine Strategie wählen, die für sie vollkommen sinnvoll ist, aber demokratische Politik beschädigt – und das auch, wenn die betreffenden Parteien niemals die Hebel der Macht zu fassen bekommen. Populistische Parteien, die bei Wahlen nicht sonderlich gut abschneiden, stehen vor einem offenkundigen Widerspruch. Wie kann es sein, dass die Populisten sich als die einzigen moralisch legitimen Repräsentanten des Volkes begreifen und dennoch bei den Wahlen keine überwältigende Mehrheit erzielen?

Nicht alle Populisten entscheiden sich für den scheinbar einfachsten Ausweg aus diesem Widerspruch. Aber viele tun es, wenn sie, als vermeintlich einzige Vertreter der »schweigenden Mehrheit« ungefähr Folgendes suggerieren: Wenn die schweigende Mehrheit sprechen kann, müssen die Populisten definitionsgemäß immer bereits an der Macht sein; sind sie nicht an der Macht, so hat man es offenbar nicht mit einer *schweigenden*, sondern einer *zum Schweigen gebrachten* Mehrheit zu tun. Mit anderen Worten: Irgendjemand oder irgendetwas muss die Mehrheit daran gehindert haben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. So insinuierten Populisten häufig, sie hätten die Wahl gar nicht wirklich verloren, vielmehr müssten korrupte Eliten den Ausgang hinter den Kulissen manipuliert haben.

Auch wenn am Ende nachgegeben wird – es wird auch nachgetreten: Norbert Hofer, seinem Selbstverständnis nach ein Mann des Volkes, musste sich im österreichischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 einem grünen Professor aus Wien – scheinbar liberale Elite pur – geschlagen geben. Hofer konnte sich nicht die Bemerkung verkneifen, Alexander Van der Bellen sei gezählt, aber nicht gewählt. Ganz so, als gäbe es da neben der pedantischen Wahlzettelauszählung noch eine geradezu mystische Art und Weise, vom Volk auserkoren zu werden. Ein potentiell autoritäres

Ausspielen des vermeintlich rein »statistischen« Prozesses gegen eine existentielle kollektive Wahl – und ein antidemokratisches Begriffsmanöver, das in den 1920er Jahren bereits Carl Schmitt in seinen verfassungsrechtlichen Schriften vorexerziert hatte.

Selbstverständlich hat jeder das Recht, zum Beispiel das US-amerikanische Wahlsystem zu kritisieren (bei dem es ja auch reichlich zu kritisieren gibt). Kritik dieser Art ist eigentlich sogar ein Zeichen von Engagement für die Demokratie. Nicht demokratiekompatibel ist hingegen die Haltung der Populisten, die auf die Behauptung hinausläuft: »Weil *wir* nicht gewonnen haben, muss das System korrupt und manipuliert sein.« Populisten unterminieren also systematisch das Vertrauen der Bürger in ihre Institutionen und beschädigen damit selbst dann die politische Kultur, wenn sie nie auch nur in die Nähe der tatsächlichen Machthebel gelangen. Dass diese Rhetorik nicht nur dazu dient, die eigenen Anhänger bei der Stange und bei Laune zu halten, sondern dass sie Folgen (bis hin zu gewalttätigen) haben kann, wird man nach dem »Sturm auf das Kapitol« vom Januar dieses Jahres kaum bestreiten.

Gut verlieren?

Abgesehen von mehr oder eben weniger symbolischen Optionen, ein schlechter Verlierer zu sein, gibt es für Amtsinhaber einen weitaus konkreteren Weg, nach verlorenen Wahlen dennoch nicht die Konsequenzen zu tragen. Man denke an die Wahlniederlage von Erdoğan's AKP bei den Kommunalwahlen 2019 in Istanbul. Zunächst klagte der Präsident, der Sieg eines Oppositionskandidaten der säkularen sozialdemokratischen Partei sei auf »Unregelmäßigkeiten« oder blanken »Diebstahl an der Wahlurne« zurückzuführen. Am Ende verlor seine Partei eine Wiederholungswahl allerdings mit noch größerem Rückstand. Dieses Ergebnis wurde sogleich als Beweis dafür gefeiert, dass Wahlen selbst in der Türkei nicht beliebig manipuliert werden könnten. Doch was dann geschah, wurde von einer inzwischen wieder optimistischen

internationalen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen: Ankara reduzierte systematisch den Zugriff des Istanbuler Bürgermeisters auf Ressourcen und Geldmittel. Der Gewinner hatte das Nachsehen.

Eine ähnliche Dynamik ließ sich im Herbst 2019 in Budapest beobachten. Die dortige Opposition hatte verzweifelt auf die Ankunft des »Istanbul-Express« in Ungarn gehofft. Und dann machte er tatsächlich dort Halt: In der Hauptstadt gewann ein linksliberales Bündnis und versetzte damit Viktor Orbán einen empfindlichen Schlag. Doch die nationale Regierung sabotierte daraufhin die Verwaltung der Stadt, indem sie ihr Geldmittel strich und Machtbefugnisse entzog (und das in einem Land, in dem die Macht ohnehin stark zentralisiert ist).

Und noch ein weniger bekanntes amerikanisches Beispiel: In einer Reihe von US-Bundesstaaten haben von den Republikanern kontrollierte Parlamente denjenigen Ämtern, die ihre Partei verloren hatte (vor allem solche von Gouverneuren), mal so eben bestimmte Befugnisse entzogen. Man änderte also die Spielregeln, um Gewinner letztlich in Verlierer zu verwandeln oder zumindest in Akteure, die gezwungen sind, ein anderes Spiel zu spielen, als sie nach ihrem Wahlsieg eigentlich gedacht hatten.

Gutes Verlieren kann auch für nichtpopulistische und nichtautoritäre Figuren schwer zu schlucken sein. Es gibt jedoch auch so etwas wie Opferbereitschaft, die Hinnahme einer Niederlage, um das Spiel in Gang und das politische Gemeinwesen zusammenzuhalten.¹ Man kann durch eine Niederlage verwundbar werden, das muss aber nicht bedeuten, dass man dann machtlos wäre (vor allem wenn die Präsenz in politischen Institutionen weiterhin gesichert ist; es gibt Hinweise darauf, dass Verlierer in Systemen mit einem Verhältniswahlrecht sich weniger enttäuscht oder gar verwundbar fühlen als in Systemen mit reinem Mehrheitswahlrecht). Insbesondere berücksichtigt die Annahme, dass Verlieren zu völliger Machtlosigkeit führe, nicht genügend die Rechte und Freiheiten, die eine Opposition in der Demokratie genießen sollte. Und weniger offensichtlich: Auf richtige, gar geschickte Weise zu verlieren kann langfristig den Weg zum Sieg ebnen und neue Bedingungen für das Leben im politischen Gemeinwesen als Ganzem schaffen.

Eine offenkundige Möglichkeit für Verlierer, zumindest Teilerfolge zu erzielen, kann darin liegen, die Sieger zu größeren Konzessionen zu zwingen, entweder schon im Wahlkampf oder als Konsequenz eines starken Wahlergebnisses.² Eine weitere, weniger offensichtliche Möglichkeit ist es, die Gewinner wenigstens zum Zuhören oder sie vor aller Öffentlichkeit in Verlegenheit zu bringen. Man denke daran, wie Tony Blair, als er seinen Wahlkreis Sedgefield bei den britischen Parlamentswahlen 2005 gewonnen hatte, mit versteinerner Miene dastand und sich die Rede von Reg Keys, Vater eines im Irak gefallenen Soldaten, anhören musste. Keys hatte nach dem Tod seines Sohnes beschlossen, als unabhängiger Antikriegskandidat anzutreten (und errang dann etwas mehr als 10 Prozent der Stimmen).

Eine weitere, noch weniger offensichtliche Lehre besteht darin, dass man eine Wahlniederlage in einen Beweis für Integrität umwandeln kann. Barry Goldwater wurde bei den Präsidentschaftswahlen 1964 von Lyndon B. Johnson vernichtend geschlagen (er gewann lediglich den tiefen Süden und seinen Heimatstaat Arizona). Aber er hatte dabei nicht seine *Integrität* verloren, wie die Politologen Jeffrey Tulis und Nicole Mellow gezeigt haben. Er blieb vielmehr stur seinen politischen Grundsätzen treu und formulierte ein Programm für die konservative Bewegung, auf dessen Grundlage Ronald Reagan schließlich zu siegen vermochte – wobei der einige der grausameren Teile dieses Programms mit seinem Charme überdeckte.³

Es gibt darüber hinaus noch eine eindeutig demokratische Kunst des Verlierens. Demokratische Verlierer gestehen ihre Niederlage ein, indem sie sagen, die Niederlage sei akzeptabel, da alle im Großen und Ganzen dieselbe Chance hatten, sich in einem fairen Prozess mit ihren Argumenten einzubringen.⁴ Eine demokratische Wahl ist schließlich keine einmalige quasimechanische Abbildung von Präferenzen, sondern Endpunkt eines langen Prozesses, in dem Bürger sich engagieren, so dass auch die Wahlverlierer sich in gewissem Maß als Urheber des kollektiven Ergebnisses verstehen dürfen.⁵